

Eidg. Departement für
Auswärtige Angelegenheiten EDA
Herr Bundesrat Ignazio Cassis
Bundeshaus West
3003 Bern



Stiftung CSI-Schweiz

Zelglistrasse 64

8122 Binz ZH

Tel. 044 982 33 33

info@csi-schweiz.ch | www.csi-schweiz.ch

www.facebook.com/CSI.Schweiz

Binz bei Maur, 20. September 2023

Krieg gegen Berg-Karabach: Offener Brief an Bundesrat Ignazio Cassis

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Während ich dies schreibe, greift Aserbaidshon Berg-Karabach militärisch an, mit dem klaren Ziel, die ethnisch-religiöse Säuberung an den 120.000 armenischen Christen in der Region zu vollenden.

Dies kann für den Bundesrat nicht überraschend kommen. CSI hat im Dezember 2022 eine Völkermordwarnung herausgegeben, ausgelöst durch die Blockade des Latschin-Korridors durch Aserbaidshon. Letzten Monat warnte der erste Chefankläger des Internationalen Gerichtshofs die internationale Gemeinschaft vor der Wahrscheinlichkeit eines Völkermordes und stellte fest, dass «der Hunger die unsichtbare Waffe des Völkermordes ist».

Selbst aus Aserbaidshon kam ein unmissverständlicher Hinweis auf das Szenario, das sich jetzt abspielt. Am 7. September drohte Elchin Amirbayov, der Vertreter des aserbaidshonischen Diktators Ilham Aliyev, in einem Interview mit der Deutschen Welle, dass es «zu einem Völkermord kommen kann», sollte sich die demokratisch gewählte Führung von Berg-Karabach den Forderungen Aserbaidshons nicht beugen.

Die Vorbereitungen für die Militäraktion wurden seit langem auch von westlichen Geheimdiensten überwacht, vermutlich auch vom Nachrichtendienst. (Bundesnachrichtendienst, FIS).

In früheren Mitteilungen haben wir Sie aufgefordert, folgende Resolutionen umzusetzen: die Resolution der AKP-S vom 9. Januar 2023 sowie die Resolution des Grossen Rates des Kantons Genf vom 14. Oktober 2023 mit dem Titel «For the Survival of Armenia». Zusammengefasst ergeben sie eine Politik, welche die Einrichtung einer humanitären Luftbrücke zum belagerten Berg-Karabach und die Umsetzung der Madrider Prinzipien der OSZE fordert, und zwar:

- keine Gewaltanwendung
- territoriale Integrität
- Gleichstellung der Bürger
- Bestätigung des Selbstbestimmungsrechts von Berg-Karabach

Wir bedauern, dass Sie während der Mitgliedschaft der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat keine sichtbaren Massnahmen ergriffen haben, die auf einem solchen politischen Rahmen aufbauen. Infolgedessen ist der heutige Tag ein Tag der Schmach für die Schweiz,

insbesondere für jene Politiker, die regelmässig von der Verteidigung des Völkerrechts sprechen. Zahlreiche Warnungen vor einem Völkermord wurden geflissentlich ignoriert.

Die Schweiz ist keine Grossmacht, aber ein Staat, der seinen Ruf und seine einzigartige Position der Neutralität auf die Verteidigung des Völkerrechts setzt. Leider erweist sich Ihr Vorgehen im Umgang mit dem Völkerrecht als selektiv. Es gibt Aspekte, die Sie öffentlich verteidigen und solche, vor denen Sie die Augen verschliessen. Das ist ein Affront gegenüber den Opfern der gegenwärtigen ethnisch-religiösen Säuberung in Berg-Karabach. Es ist ein enttäuschendes Signal dafür, dass die Schweiz bereit ist, einen De-facto-Völkermord für Öl, Gas und Finanzen aus Aserbaidschan als Preis für die weitere Integration in die Aussenpolitik Washingtons und Brüssels zu akzeptieren.

Morgen tritt der UNO-Sicherheitsrat erneut zusammen, um sich mit der Krise in Berg-Karabach zu befassen. CSI fordert den Leiter der Schweizer Mission auf, Massnahmen vorzuschlagen, um den laufenden Völkermord zu stoppen. Dazu gehören:


- sofortiger Waffenstillstand
- Rückzug der aserbaid-schanischen Streitkräfte aus dem Gebiet der autonomen Republik Berg-Karabach
- Entsenden von Waffenstillstandsbeobachtern
- Aufbau einer humanitären Luftbrücke
- Bestätigung des Rechts auf Selbstbestimmung von Berg-Karabach
- Sanktionen gegen die Verantwortlichen hinter der aserbaid-schanischen Aggression, nämlich Präsident Ilham Alijev und Rovshan Najaf, Präsident der staatlichen aserbaid-schanischen Ölgesellschaft SOCAR

CSI fordert den Bundesrat ausserdem auf, der Migros und allen anderen Schweizer Unternehmen zu raten, sich von ihren aserbaid-schanischen staatlichen Handelspartnern zu trennen.

Bitte verhindern Sie, dass man mit Fug und Recht behaupten kann, die Schweiz sei durch ihre Untätigkeit zur Komplizin bei der Vollendung einer weiteren Phase des Völkermords an den Armeniern geworden.

Hochachtungsvoll

Christian Solidarity International



Dr. John Eibner
Präsident CSI-International



Simon Brechbühl
Geschäftsführer Stiftung CSI-Schweiz

PS: Dieser Brief geht auch an Bundespräsident Alain Berset.